

Rede von Dieter Möhrmann, MdL

Es gilt das gesprochene Wort.

Neukonzeption des Plenarbereichs des Niedersächsischen Landtages

16.3.2010

Anrede,

gleich zu Beginn will ich zumindest für mich feststellen, dass ich den Vergleich des Niedersächsischen Landtags mit „Erichs Lampenladen“ ehrabschneidend und unerträglich finde. Wir sind freie Abgeordnete, vom Volk gewählt und sind auch in dieser Frage nur unserem Gewissen und der eigenen Entscheidung verpflichtet, ganz im Gegensatz zum „DDR-System“. Mit dieser Anspielung auf den „Palast der Republik“ der DDR ist das unterste Niveau der ansonsten sehr berechtigten auch sehr kritischen Auseinandersetzung erreicht.

Anrede,

wir entscheiden heute nicht für uns, sondern wir stimmen ab, mit welcher Architektur sich die parlamentarische Demokratie in Niedersachsen für die Öffentlichkeit für die nächsten Jahrzehnte sichtbar darstellt.

Es geht um die Frage, was ist angemessen für den höchsten Repräsentanten der Niedersachsen, den Landtag. Es geht um das wichtigste, repräsentative Gebäude der parlamentarischen Demokratie in unserem Bundesland.

Natürlich geht es auch um Arbeitsbedingungen für Abgeordnete, um Energiekonzepte, um unterlassene und jetzt notwendige Sanierung des vorhandenen Gebäudes, um erforderliche Brandschutzmaßnahmen, um die Wirtschaftlichkeit der Konzepte der Umsetzung, um die Konkurrenz zu anderen wichtigen Aufgaben des Landes und der Kommunen. Auch um die Abwägung zum Denkmalschutz, zu Urheberrechten und um das Stadtbild von Hannover.

Letztlich bleibt aber die entscheidende Frage: Was sind die Maßstäbe für die Bedeutung des Gebäudes für die parlamentarische Demokratie? Was darf es uns wert sein?

Wenn ich so manche Äußerung der letzten Monate, auch von Parlamentariern, höre, dann meinen einige, dass der Landtag auch wechselseitig in verschiedenen öffentlichen, jetzt schon vorhandenen Räumen tagen könnte. Diese Meinung gipfelt dann in der Aussage, es sei ja nur für 3 bis 4 Tage im Monat.

Anrede,

ich hoffe wir sind uns alle einig, Demokratie lebt vom Mitmachen und vom Diskurs. Unsere parlamentarische Demokratie braucht einen repräsentativen Ort, ein repräsentatives Gebäude, wo dieses stattfindet. Und das darf nicht nur funktional sein, es muss auch den Stolz der Demokraten zeigen auf das, was unsere Vorväter und –mütter an demokratischen Rechten erkämpft haben.

Niedersachsen braucht einen Landtag, ein Haus der Demokratie, das öffentlich über die Säulen des Leineschlusses hinaus deutlich erkennbar ist. Diese parlamentarische Demokratie erschöpft sich nicht in den monatlichen Plenarsitzungen.

Der neue Plenarsaal wird sich öffnen für demokratische Diskurse vielfältiger Art, andere Bundesländer leben auch diese Offenheit.

Das Aufzeigen von konkurrierenden Investitionen ist populistisch, denn wenn das zu Ende gedacht wird, könnte man beginnend vom Projekt Sprengelmuseum bis hin zu repräsentativen Universitätsbauten, wie den Libeskind-Bau an der Uni in Lüneburg, so manches anführen, wofür die finanziellen Mittel statt dessen verwendet werden könnten.

Anrede,

wir sind schon seit Jahren in der Pflicht, zu handeln. Der vorhandene Bau ist marode. 35,4 Millionen Euro Sanierungskosten hat das Finanzministerium schon 2007 geschätzt. Jedes Zuwarten erhöht noch die entstehenden Kosten. Flickschusterei hat uns schon viel Geld gekostet, und das ginge so weiter.

Ich bin froh, dass dies mit großer Mehrheit so gesehen wird, dass es nun zu Maßnahmen kommen soll. Streitig ist die Frage des Wie und Was. 2007 waren die Grünen Vorreiter, man wollte ein „Klimapalais“. „Grüne fordern Neubau statt Flickarbeit“, hieß es im Weserkurier vom 19.4.2007, der marode Landtag entwickle sich zum „Fass ohne Boden“. Ich frage die Grünen: „Passte der ‚Klimapalais‘ damals besser in die Wahlstrategie als heute?“

Landtagspräsident, Hermann Dinkla traute sich mehr als sein Vorgänger. Er hat sich vorgenommen, im breiten Konsens eine Lösung zu finden. Ab 2008 setzte die Diskussion ein, allerdings hauptsächlich in Hannover und mit Unterstützung der Presse. Sogar die HAZ kommentierte am 24.11.2008: „Dazu gehört Mut.“ Und am Ende des Kommentars las man: „Mit dem leicht versetzten Standort rückt der geplante neue Plenarsaal etwas weiter zum Rathaus; man kann auch sagen, etwas näher an die Hannoveraner ran. Wenn sie dann auch noch stolz auf das Gebäude sein können, weil es eine Attraktion ist, dann sind die Millionen gut investiert.“ Ähnlich übrigens auch die NP.

...aber das hat sich ja nun geändert. Es bleibt die Frage, ist die veränderte Kritik berechtigt?

Natürlich ist es berechtigt, auf Denkmalschutz zu bestehen, auf mögliche „Lustbarkeiten“ hinzuweisen, die verzichtbar wären. Dazu muss aber abgewogen werden.

Anrede,

mir geht es dabei um folgendes:

1. Mit großer Mehrheit waren wir uns vor dem neuen Architektenwettbewerb einig, dass der Wettbewerb von 2002 unter anderem wegen des heute erheblich größeren Sanierungsbedarfes über den Plenarsaal hinaus und der aktuellen energetischen Erkenntnisse sowie weiterer zusätzlich festgestellter Mängel keine Basis mehr für 2010 sein konnte. Raumbedarfe wie Trennung

des Eingangsbereiches zwischen Besuchern und Abgeordneten, das Landtagsrestaurant, Funktions- und Technikräume sowie zusätzliche Parkmöglichkeiten wurden damals nicht betrachtet.

2. Die Bedingungen des Wettbewerbs wurden mit breiter Mehrheit entschieden, lediglich die Grünen waren bezüglich der Wählerwirksamkeit eines „Klimapalais“ unsicher geworden.
3. Das Preisgericht hat unter Abwägung vieler Belange, auch des Denkmalschutzes, drei Entwürfe ausgewählt und dazu Weiterentwicklungswünsche formuliert.
4. Alle Entwürfe blieben hinter den Erwartungen zurück, aber man kann sie weiterentwickeln. Die Preisträger von 2002 haben sich, warum auch immer, diesmal nicht am Wettbewerb beteiligt.
5. Es bleibt durchaus fraglich, ob der 2. Preisträger auch die Zustimmung des Denkmalschutzes findet. Die letzte dazu vorliegende Stellungnahme betont, es käme darauf an, ob es sich überwiegend um einen Neubau oder Umbau handele. Nur bei einem überwiegenden Umbau unterstützt der Denkmalschutz den 2. Preisträger. Wörtlich heißt es noch am 16.2.2010 in der HAZ zum Entwurf Gebhardt (2. Preisträger): „Als Denkmalschützer muss ich aber betonen: Es wäre kein Erhalt des Denkmals gewesen, weil eine ganze Menge abgebrochen worden wäre. Die Mauer zum Platz müsste weg, das Dach müsste weg, der Sockel würde durchlöchern, zum Fluss würden schmale Fenster eingeschnitten – so kann man nicht mit einem Denkmal umgehen.“

Wenn man sich dann die Stellungnahme der gleichen Behörde von 2002 anschaut und sie mit der heutigen vergleicht, dann merkt man, wie beweglich die Beurteilung geworden ist. Denn damals formulierte die Behörde zur möglichen Veränderung des Gebäudes außerhalb des Innenraumes zu den „Wandelhallen“: „Verändernde Eingriffe in die Bausubstanz und die Ausstattung sollten nicht zuletzt wegen des beeindruckenden Erhaltungszustandes – gänzlich vermieden werden.“ Welche Bewegung seit 2002 und jetzt wieder innerhalb weniger Tage!

Und ich erinnere noch die Zeit der Veränderungspläne der Fraktionsräume. Damals war ich PGF meiner Fraktion. Ursprünglich sollte uns ein neuer Farbanstrich und die Veränderung der Fächer für die Abgeordneten, die schon seit Jahrzehnten nicht mehr genutzt wurden, nicht gestattet werden. Wie äußerte sich der Gutachter, Herr Professor Seehausen gegenüber der Baukommission zur Frage der Denkmalschutzwürdigkeit: „Die zur Begründung der Denkmalschutzeigenschaft aufgeführten Argumente werden durch die gleichzeitig angebotenen Kompromisse von der Denkmalpflege selbst in wesentlichen Punkten wieder aufgehoben.“

Meine Anmerkung zum 2. Preisträger: -übrigens ähnlich, wie der Denkmalschutz - Wenn man die zwei vorhandenen Außenwände des jetzigen Gebäudes mit „Schießscharten“ versieht, wie es der planende Architekt letzte Woche formulierte, eine Außenwand gänzlich entfernt und durch „Glas“ ersetzt und den innen liegenden bisher abgeschotteten Plenarsaal aufbrechen muss, was bleibt dann eigentlich von denkmalschutzwürdiger Bausubstanz übrig? Was passiert, wenn die Außenhaut die Schlitzung nicht mitmacht?

Für mich ist deshalb eindeutig klar, auch beim 2. Preisträger wird das Baudenkmal geopfert. Bleibt die Frage als dritte Alternative: Ist eine Sanierung im

Bestand möglich? Meine Antwort dazu: Das kann ich mir durchaus vorstellen, aber ich sehe aus kommunaler Erfahrung erhebliche Kostenrisiken. Und es wäre ein Verzicht auf wesentliche Bedingungen des aktuellen Wettbewerbs, aber auch des von 2002, deshalb kommt für mich diese Lösung nicht in Frage.

Kommen wir zu (6.)

6. Beide ersten Preisträger können urheberrechtliche Probleme nicht ausschließen, was auch in Schreiben der Anwälte von Frau Oesterlen zum Ausdruck kommt.
7. Der 2. Preis konnte auch deshalb nicht überzeugen, weil Fragen zur sehr optimistischen Kostenschätzung und zur statischen Einschätzung der erforderlichen baulichen Veränderungen im Innern und bei der Außenhaut nur mit der langjährigen Erfahrung des beteiligten Statikbüros beantwortet wurden, ohne jeden Hinweis, ob konkrete mögliche Notwendigkeiten am Gebäude überhaupt geprüft wurden. Mir reicht das jedenfalls nicht.
8. Ich spreche mich für die Alternative 1 aus, weil sie das Stadtbild ganz anders prägen wird, als der jetzige Bau. Die Gründe dafür hat Herr Professor Fingerhut in der letzten Woche beim Gespräch mit den drei Preisträgern eindrucksvoll untermauert. Das Gebäude der Volksvertretung wird endlich wahrgenommen werden. Man muss sicher noch weitere Umplanungen im Detail gerade auch mit Blick auf die Folgekosten vornehmen. Erste Überarbeitungen mit Kosteneinsparungsmöglichkeiten gab es ja schon. Die Chance bei diesem Neubau im Kostenrahmen zu bleiben, ist jedenfalls nicht nur nach meiner Meinung bei der Umsetzung des Entwurfs des 1. Preisträgers am größten. Und wir wünschen uns ja alle, dass wir unter den veranschlagten Kosten bleiben.

Abschließend kann ich mich nur zwei Meinungen anschließen, die allerdings schon vor einem Jahr gegenüber der Presse geäußert wurden:

„Wenn sich die Anforderungen an so ein Gebäude grundlegend geändert haben, muss ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben werden“, so Wolfgang Schneider, Präsident der Architektenkammer Niedersachsen. (HAZ 31.1.2009). Was wir getan haben.

„Ich kenne kein Modell, das unter Beibehaltung der jetzigen Außenhülle überzeugt.“ Der jetzige Plenarsaal sei Zeugnis eines Zeitgeistes, der „nicht mehr unserem Gefühl entspricht und den ich auch nicht für besonders schützenswert halte.“ Er habe nicht den Eindruck, dass die Menschen in Hannover und Niedersachsen emotional an dieser Außenhülle hängen, so Ministerpräsident Christian Wulff gegenüber der NP vom 20.2.2009.

Dem ist nur hinzuzufügen, dass Herr Wulff genau wie die Grünen aktuell zurückrudert, weil auch er meint, es sei wahltaktisch insbesondere vor der Kommunalwahl in Hannover höchstgradig gefährlich, sich jetzt noch für einmal gewonnene Einsichten zu entscheiden. Da geht es Ihnen nicht mehr um wirtschaftlich begründete Abwägungen, Herr Wulff. Stehen sie wie eine große Mehrheit der Abgeordneten in diesem Hohen Hause zu ihrer Verantwortung. Zugewartet haben wir seit 2002, auch damals waren Sie es, der dafür die Verantwortung trägt.

Anrede,

wir sollten uns für den 1. Preisträger des Wettbewerbs aussprechen – Niedersachsen bekäme auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern und für die Hauptstadt Hannover ein repräsentatives Haus der Demokratie, das sich sehen lassen kann. Wir bauen für eine Zukunft der nächsten Jahrzehnte. Lassen Sie uns mutig sein!